

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundesvorstand, AG Schüler:innenvertretungssystem

Tagesordnungspunkt: 16.2. Leitantrag des Bundesvorstands

LA: Aufbruch in eine neue Ära – Für ein starkes Vertretungssystem

Antragstext

1 Wir Schüler:innen in Österreich haben das Glück, ein weltweit einzigartiges
2 Vertretungssystem fest in der Schulpartnerschaft verankert zu haben. Ein System,
3 das uns ermöglicht unsere Stimme bei den politischen Entscheidungsträger:innen
4 zu erheben und bei Entscheidungen über uns mitzudiskutieren.

5 Grundlage für dieses Schüler:innenvertretungssystem ist das
6 Schülervertretungsgesetz. Auch wenn darin viele gute Ansätze zu finden sind, so
7 ist doch vor allem die praktische Ausführung dieses Gesetzes mehr als nur
8 mangelhaft. Dieses Gesetz muss grundlegend überarbeitet werden. Mit diesem
9 Antrag wollen wir die Grundlage für ein neues, besseres
10 Schülervertretungsgesetz liefern. Wir wollen eine Vertretung, die wirklich
11 ernst genommen wird, alle 1,2 Millionen Schüler:innen vertritt, für Politik
12 begeistert und nicht nur ein System der Freundeskreise und Skandale ist.

Kompetenzen dorthin, wo sie uns weiterbringen

14 Derzeit lebt die österreichische Schüler:innenpolitik insbesondere von
15 Forderungen der verschiedenen Landesschüler:innenvertretungen. Diese werden bei
16 Schüler:innenparlamenten oder innerhalb interner Gremien ausgearbeitet. Doch
17 anschließend passiert damit oft nichts weiter, außer diese Forderungen an die
18 eigene Vertretungsblase zu übermitteln oder diese an Landespolitiker:innen
19 weiterzugeben.

20 Doch genau hier sehen wir das Problem, weshalb die meisten dieser Forderungen in
21 der Praxis kaum Gehör finden. Selbst wenn Landespolitiker:innen diese
22 Forderungen ernst nehmen, so sind sie schlichtweg nicht zuständig für diese
23 Forderungen und Veränderungen im Bildungssystem. Bildungspolitik ist
24 Bundesgesetzgebung, daher müssen Forderungen und Beschlüsse auch auf Bundesebene
25 getroffen werden.

Daher fordern wir:

- Die Bundesschüler:innenvertretung soll für die Vertretung der Schüler:innen in Fragen der bundesweiten Bildungsgesetzgebung zuständig sein.

Gleichzeitig liefern die Landesschüler:innenvertretungen aber natürlich auch Mehrwert für Schüler:innen und Schüler:innenvertreter:innen. Sie organisieren Veranstaltungen, Weiterbildungen und politische Austauschformate wie die Schüler:innenparlamente, und beleben somit die Schüler:innenpolitik. Genau diesen Auftrag als Ansprech- und Servicestelle wollen wir auch gesetzlich stärken.

Daher fordern wir:

- Die Landesschüler:innenvertretungen und Zentrallehreinrichtungsschüler:innenvertretungen sollen zu Servicestellen für Schüler:innen und Schüler:innenvertreter:innen neu ausgerichtet werden. Ihnen obliegt die Kommunikation von alltäglichen Schüler:innenanliegen an die Bildungsdirektionen bzw. im Fall der Zentrallehreinrichtungsschüler:innenvertretungen das Bildungsministerium, sowie die Vernetzung und Weiterbildung von Schüler:innenvertreter:innen.
- Des Weiteren ist die Landesschüler:innenvertretung für die landesweite Aufklärungsarbeit über das überschulische Vertretungssystem verantwortlich.

Schüler:innenparlamente der Zukunft

Die Schüler:innenparlamente sind der zentrale Austauschpunkt zwischen den Landesschüler:innenvertretungen und den einzelnen Schulen. Hier kommen gesammelt alle schüler:innenpolitischen Stakeholder zusammen, um die Anliegen von Schüler:innen zu diskutieren.

Doch gleichzeitig haben Schüler:innenparlamente auch einige Probleme: Viel zu oft wiederholen sich dieselben behandelten Themen aus vorhergehenden Iterationen der Parlamente, es ist de facto unmöglich die meisten Schüler:innenparlamente nachzuverfolgen und der tatsächliche Output lässt zu wünschen übrig.

Wir wollen Schüler:innenparlamente in ihrer Rolle als Verbindung zwischen Schüler:innenanliegen und den relevanten bildungspolitischen Anlaufstellen

58 stärken. Aufgrund der Neuausrichtung der Landesschüler:innenvertretungen soll
59 auch der Fokus bei Schüler:innenparlamenten viel mehr auf den alltäglichen
60 Anliegen der Schüler:innen, vertreten durch ihre Schulsprecher:innen, liegen,
61 welche tatsächlich auf Landesebene gelöst werden können.

62 Daher fordern wir:

- 63 • Schüler:innenparlamente sollen als Austauschformat zwischen
64 Schüler:innenvertreter:innen und den LSVen dienen.
65 Schüler:innenvertreter:innen sind bei SiPs stimm- und redeberechtigt.
- 66 • Schüler:innen bleiben redeberechtigt.
- 67 • Die bundesweite Abschaffung des First-Come-First-Served-Prinzips bei der
68 Antragseinreichung zugunsten einer Abstimmung über die Reihenfolge der
69 eingereichten Anträge.
- 70 • Beschlüsse aller Schüler:innenparlamente sollen transparent in voller
71 Länge veröffentlicht werden.

72 **Eine demokratische LSV statt leerer Versprechen**

73 Seit Tag eins unserer Gründung fordern wir JUNOS Schüler:innen die Direktwahl
74 der Landesschüler:innenvertretungen durch alle Schüler:innen ab der 9.
75 Schulstufe. Das tun wir nicht ohne Grund, denn wir sehen jeden Tag: Den
76 Landesschüler:innenvertretungen fehlt es aktuell an demokratischer Legitimation,
77 und damit einher geht die fehlende Umsetzungskraft dieses Gremiums. Wenn
78 politische Entscheidungsträger:innen die Landesschüler:innenvertretungen ernst
79 nehmen sollen, dann müssen diese auch tatsächlich mit der Stimme von allen
80 Schüler:innen sprechen und nicht nur mit der der Schulsprecher:innen.

81 Zusätzlich zur Demokratisierung des aktiven Wahlrechts wollen wir dies auch für
82 das passive Wahlrecht. Dadurch wollen wir einerseits dem hierarchischen Aufbau
83 des Schüler:innenvertretungssystems entgegenwirken, andererseits Doppel- und
84 Dreifachbelastungen reduzieren, um die bestmögliche Arbeit der gewählten
85 Mandatar:innen zu garantieren. Klar ist aber auch: Wer zum Teil Hunderttausende
86 vertreten will, muss diese Kandidatur ernsthaft angehen und daher gewisse
87 Voraussetzungen erfüllen.

88 Daher fordern wir:

- Die Wahl der Landesschüler:innenvertretungen sowie der Zentralallehristaltenschüler:innenvertretung durch alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe des jeweiligen Bundeslandes bzw. der Zentralallehristalten. Alle aktiv Wahlberechtigten sind auch passiv wahlberechtigt.
- Diese Wahl soll eine Listenwahl sein. Wählbar sind alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe des jeweiligen Bundeslandes. Eine wahlwerbende Liste muss mindestens die Hälfte der zu vergebenden Mandate mit Kandidat:innen besetzen, wobei jede Person nur auf einer Liste kandidieren kann. Zusätzlich benötigt die Liste mindestens 1/10 der Unterstützungserklärungen, die von zum Nationalrat kandidierenden Listen auf Landesebene benötigt werden. Gesammelte Unterstützungserklärungen können bei den Bildungsdirektionen oder dem Bildungsministerium eingereicht werden.
- Der Vorsitz der Landesschüler:innenvertretung bzw. der Zentralallehristaltenschüler:innenvertretung wird von den Mitgliedern der jeweiligen Vertretung aus deren eigenen Reihen gewählt.
- Die Listenplätze können über Vorzugsstimmen vergeben werden. Jede:r Wähler:in kann dabei eine Vorzugsstimme vergeben. Kandidat:innen, welche mindestens 1% des Listenergebnisses als Vorzugsstimmenergebnis erzielen, werden dabei nach vorne gereiht.
- Die Wahl soll digital stattfinden, um Fairness zwischen den Schultypen zu gewährleisten und die Abwicklung zu vereinfachen.
- Die Mandatszahl der Landesschüler:innenvertretungen soll gesetzlich festgelegt werden. Sie soll zwischen 12 und 30 Mandaten pro Bundesland liegen und proportional zur Schüler:innenzahl verteilt sein.

Ein starkes ÖSiP für eine laute Stimme

Das ÖSiP ist in der Theorie die wichtigste Instanz der österreichischen Schüler:innenpolitik, doch leider hat es massive strukturelle Mängel. Wir finden: Das ÖSiP kann mehr leisten als bloße Selbstinszenierung der Mandatäre. Wir wollen das ÖSiP zur zentralen Plattform der bildungspolitischen Forderungen der Schüler:innen machen, demokratisch legitimiert und mit echter Macht ausgestattet. Wir wollen das ÖSiP zu unserem echten Parlament machen, das niemand ignorieren kann und strukturell öfter zusammenkommt als derzeit.

Daher fordern wir:

- Die Wahl des Österreichischen Schüler:innenparlaments durch alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die Mandatszahl liegt bei 163.
- Diese Wahl soll eine Listenwahl sein. Wählbar sind alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Eine wahlwerbende Liste muss aus mindestens 10 passiv wahlberechtigten Personen bestehen, wobei jede Person nur auf einer Liste kandidieren kann. Zusätzlich benötigt die Liste mindestens 1/10 der Unterstützungserklärungen, die von zum Nationalrat kandidierenden Listen auf Bundesebene benötigt werden. Gesammelte Unterstützungserklärungen können bei den Bildungsdirektionen oder dem Bildungsministerium eingereicht werden.
- Die Listenplätze können über Vorzugsstimmen vergeben werden. Jede:r Wähler:in kann dabei eine Vorzugsstimme vergeben. Kandidat:innen, welche mindestens 1% des Listenergebnisses als Vorzugsstimmenergebnis erzielen, werden dabei nach vorne gereiht.
- Die Wahl soll digital stattfinden, um Fairness zwischen den Schultypen zu gewährleisten und die Abwicklung zu vereinfachen.
- Die Wahl findet jährlich statt, wobei jedes Jahr die Hälfte des ÖSiPs gewählt wird. Die Mandatsdauer im ÖSiP wird auf 2 Jahre verlängert. Der Abschluss der Schule ist dabei irrelevant.
- Das ÖSiP muss mindestens einmal pro Semester tagen.

Eine BSV mit Rückgrat

Die Bundesschüler:innenvertretung ist die direkte Ansprechperson in Vertretungsfragen für das Bildungsministerium. Doch obwohl die BSV aktuell auch kritisch gegenüber dem Bildungsministerium auftreten sollte, ist sie rechtlich so organisiert, dass diese eigentlich an das Ministerium gebunden ist.

Wer eine starke Vertretung haben möchte, muss eine rechtlich ungebundene, unabhängige Vertretung haben.

Daher fordern wir:

- Die BSV kann ihre Geschäfte an einen beliebigen Verein delegieren. Dieser Verein muss über einen langfristig vereinbarten Finanzrahmen vom Bildungsministerium finanziert werden.
- Die BSV wird vom ÖSiP gewählt.
- Die BSV setzt sich zusammen aus einem:r Vorsitzenden, welche:r anschließend eine Anzahl an weiteren BSV-Referaten vorschlägt, wofür Mandatar:innen des ÖSiPs kandidieren können. Alle Mitglieder der BSV müssen Mandatar:innen des ÖSiPs sein.
- Für die BSV sind verpflichtend die Referate für AHS, BMHS und BS zu wählen.
- Die BSV ist in ihrer Arbeit an die Beschlüsse des ÖSiPs gebunden.
- Zusätzlich gibt es in jedem ÖSiP die Möglichkeit, die BSV abzuwählen und neu zu wählen.

Superwahl statt zehrendem Dauer-Wahlkampf

Sinn und Zweck eines Vertretungssystems sollte es sein, die zu Vertretenden bestmöglich zu repräsentieren. Doch aktuell geht die Vertretungsarbeit oft im Dauer-Wahlkampf unter, weil alle Wahlen zeitlich ungünstig über das gesamte Jahr verteilt sind.

Daher fordern wir:

- Die Wahlen für die Schüler:innenvertretungen auf allen Ebenen sollen gesammelt in der Woche vor den Herbstferien stattfinden.

Für eine Vertretung, die wirklich zählt

Mit diesem Antrag legen wir die Grundlage für ein Schüler:innenvertretungsgesetz, das seinen Namen auch verdient: demokratisch legitimiert auf jeder Ebene, klar in seinen Zuständigkeiten und endlich mit echter Durchsetzungskraft ausgestattet. Wir wollen keine Vertretung, die nur verwaltet, sondern eine, die gestaltet – von der Klasse bis ins Bildungsministerium.

180 Diese Reform kommt nicht von selbst. Sie braucht eine breite, laute Mehrheit,
181 die bereit ist, dafür einzustehen. Lasst uns daher gemeinsam die Grundlage für
182 ein neues Schülervertretungsgesetz schaffen, das der Stimme von 1,2 Millionen
183 Schüler:innen tatsächlich Gewicht verleiht.

ANTRAG

Antragsteller*in: AG Demokratisches Schulbudget

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A1: Starke Schulen durch Mitbestimmung und Transparenz

Antragstext

1 Präambel

2 Ein freies Bildungssystem lebt nicht nur von guten Lehrplänen und engagierten
3 Lehrkräften, sondern vor allem von mündigen Schüler:innen, die aktiv an der
4 Gestaltung ihrer Schule teilhaben. Schule ist mehr als ein Ort des Lernens. Sie
5 ist ein Ort des Zusammenkommens, des Diskurses - ein Raum gelebter Demokratie.

6 Für uns, JUNOS Schüler:innen, ist klar: Demokratie, Transparenz und Freiheit
7 müssen nicht nur Inhalte des Unterrichts sein, sondern im Schulalltag gelebt
8 werden. Denn nur wer Mitbestimmung erlebt, kann Verantwortung übernehmen. Nur
9 wer Zugang zu Informationen hat, kann fundierte Entscheidungen treffen. Und nur
10 wer ernst genommen wird, entwickelt die Mündigkeit, die eine liberale
11 Gesellschaft voraussetzt.

12 Demokratiedefizite im Schulalltag

13 Obwohl Mitbestimmung formal in vielen Bereichen vorgesehen ist, bleibt sie in
14 der Praxis oft oberflächlich. Schüler:innenvertretungen verfügen kaum über
15 eigene finanzielle Mittel, Entscheidungsprozesse sind intransparent und zentrale
16 Gremien wie der Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) bleiben für viele
17 Schüler:innen in ihrer Arbeit kaum nachvollziehbar.

18 Handlungsfähige Schülervertretungen durch ein eigenes 19 Budget

20 Wir wollen Schüler:innenvertretungen in ihrem Handlungsspielraum stärken. Dazu
21 braucht es einerseits mehr Mitsprache in der Schulgemeinschaft, aber auch einen

gewissen finanziellen Spielraum, um eigene Projekte zu verwirklichen.

- Wir fordern daher, dass jede Schülervertretung einen fest definierten Anteil des Schuletats zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Mittelverwendung soll projektbezogen erfolgen: Nach Annahme eines Projekts durch die Schulleitung werden die finanziellen Mittel nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen bereitgestellt. Dieses Modell schafft finanzielle Handlungsfähigkeit der Schüler:innenvertretungen und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für Schüler:innenprojekte, setzt aber gleichzeitig auf Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Ressourcen.

Verankerung eines internen Schüler:innenparlaments

Gleichzeitig werden wesentliche Entscheidungen über Projekte, Investitionen oder externe Kooperationen getroffen, ohne dass Schüler:innen ausreichend eingebunden oder informiert werden. Entscheidungen, welche von oben über die Köpfe der Schüler:innen hinweg getroffen werden, schaffen jedoch nicht das nötige Vertrauen für eine gute Schulgemeinschaft.

- Wir fordern daher die Verankerung eines internen Schüler:innenparlaments an jeder Schule, dessen Organisation der Schülervertretung obliegt.

Dieses Parlament dient als zentraler Ort für Diskussionen zu schulischen Themen und der demokratischen Willensbildung innerhalb der Schüler:innenschaft. Gleichzeitig soll Schüler:innen hier auch die Möglichkeit gegeben werden, mittels Einbringung von Anträgen ihren Schulalltag aktiv mitzugestalten.

- Wir fordern daher, dass angenommene Anträge verpflichtend im SGA behandelt werden müssen.

So wird Mitbestimmung strukturell verankert, demokratische Praxis im Schulalltag gestärkt und Schüler:innen eine echte politische Stimme gegeben.

Transparenz als Grundlage von Vertrauen

Transparenz ist eine zentrale Voraussetzung für funktionierende Mitbestimmung. Nur wenn Entscheidungen nachvollziehbar sind und Informationen offen zugänglich gemacht werden, können Schüler:innen ihre Rolle als Teil der Schulgemeinschaft ernsthaft wahrnehmen.

Derzeit fehlt es jedoch häufig an klarer und niederschwelliger Information über Beschlüsse des SGA, Schulentwicklungsprozesse und größere finanzielle Entscheidungen.

Verbindliche Transparenz bei schulischen Entscheidungen

Wir sehen Transparenz bei solchen Entscheidungen jedoch als unabdingbar an, um das Vertrauen in schulische Institutionen zu stärken und aktive Partizipation von Schüler:innen zu fördern.

- Wir fordern die verpflichtende Veröffentlichung von Protokollen des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA), Schulentwicklungsplänen wie auch die Offenlegung von außergewöhnlichen Ausgaben, insbesondere für Projekte und einmalige Investitionen.

Somit soll die Nachvollziehbarkeit sichergestellt, Vertrauen gestärkt und die Grundlage für informierte Mitbestimmung geschaffen werden. Die Veröffentlichung hat dabei immer in einer für Schüler:innen leicht zugänglichen und verständlichen Form zu erfolgen.

Mehr Schulautonomie bei der Mittelverwendung

All diese Maßnahmen haben natürlich das Ziel, die gesamte Schulgemeinschaft in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. Doch aktuell sind Schulen und Schulleitungen bei der Vergabe von Aufträgen für z.B. die Schulreinigung sehr stark von zentralen Vergabepartnern des Bildungsministeriums abhängig. Wir JUNOS Schüler:innen sehen jedoch die finanzielle Autonomie von Schulen als essenziell an, um Schulen größere Freiheiten zu ermöglichen und diese besser zu machen.

- Wir fordern daher, dass Schulen bei der Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleister und Projektpartner volle Autonomie erhalten und das eine Abkehr von starren, zentralisierten Beschaffungsstrukturen erfolgt.

Ziel ist mehr Schulautonomie und ein effizienterer Mitteleinsatz unter stärkerer Berücksichtigung der Bedürfnisse der jeweiligen Schulgemeinschaft.

Unser Zielbild: Die demokratische Schule von morgen

82 Unser Ziel ist eine Schule, in der Entscheidungen transparent getroffen werden
83 und Schüler:innen aktiv mitgestalten. Verantwortung soll dabei gemeinsam von
84 allen Schulpartnern getragen werden.

85 Für uns, JUNOS Schüler:innen, ist klar: Ein modernes Bildungssystem kann nur
86 dann bestehen, wenn es junge Menschen ernst nimmt. Mitbestimmung und Transparenz
87 sind keine Zusatzangebote – sie sind Grundvoraussetzungen für ein
88 chancengerechtes, freies und zukunftsfähiges Bildungssystem.

89 Wir stehen für Schulen, die nicht verwaltet, sondern gemeinsam gestaltet
90 werden. Schulen, in denen Freiheit nicht nur gelehrt, sondern gelebt wird.

ANTRAG

Antragsteller*in: AG Suchtaufklärung

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A2: Aufklärung statt Angstmache – Suchtaufklärung neu denken

Antragstext

Ausgangslage

Alkohol, E-Zigaretten und Cannabis gehören für viele Jugendliche längst zum Alltag – und der Erstkontakt findet häufig schon in der Unterstufe statt. Gleichzeitig ist Suchtaufklärung an österreichischen Schulen bislang lückenhaft und zufällig: Sie taucht meist nur beiläufig in Einzelfächern wie Biologie auf, wo oft ausschließlich die biologische Wirkung von Substanzen behandelt wird – nicht aber der soziale Kontext, in dem Konsum tatsächlich entsteht. Wo überhaupt aufgeklärt wird, dominiert vielerorts noch ein überholter Abschreckungsansatz, der nachweislich wenig bis nichts bewirkt.

Als liberale Schüler:innenorganisation geht es uns nicht um Verbote oder erhobene Zeigefinger, sondern um mündige, selbstbestimmte junge Menschen, die auf Basis ehrlicher Informationen eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können. Suchtaufklärung ist damit kein Sonderthema, sondern ein Kernstück einer Schule der Mündigkeit.

1. Suchtaufklärung als durchgängiges, fächerübergreifendes Prinzip

Der Lehrplan macht derzeit kaum verbindliche Vorgaben zur Suchtprävention; sie wird meist nur nebenbei in einem einzelnen Fach gestreift. Dabei ist die Grundlage längst gelegt: Schule ist über das gesetzlich verankerte Unterrichtsprinzip „Gesundheitserziehung“ zur Prävention verpflichtet, und schon der allgemeine Teil des Lehrplans nennt Suchtprävention im Bildungsbereich „Gesundheit und Bewegung“ ausdrücklich. Wirksame Prävention darf jedoch nicht punktuell bleiben: Sie muss als kontinuierlicher, curricularer Prozess angelegt sein, der von möglichst vielen Lehrkräften über mehrere Schuljahre getragen wird

und nicht an einem einzigen Projekttag endet.

- Wir fordern, Suchtaufklärung als verbindliches, fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip ab der Unterstufe (ab der 7. Schulstufe) im Lehrplan zu verankern und nicht auf ein einzelnes Fach zu beschränken.
- Wir fordern klare, altersgerechte Kompetenzziele je Schulstufe anstelle einer beiläufigen Einzelerwähnung in einem Fach.
- Wir fordern, Suchtaufklärung als kontinuierlichen Prozess über mehrere Schuljahre auszugestalten statt als einmaligen Projekttag.

2. Von Abschreckung zu Mündigkeit – evidenzbasiert und angstfrei aufklären

Die Suchtprävention hat einen Paradigmenwechsel vollzogen: Reine Information in Verbindung mit Abschreckung gilt heute als weitgehend wirkungslos. An ihre Stelle tritt die Förderung von Lebenskompetenzen – also von Entscheidungs-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, kritischem Denken und dem Umgang mit Gruppendruck. Genau das entspricht unserem Bild mündiger Schüler:innen: Wer informierte Eigenverantwortung übernehmen soll, braucht ehrliche Informationen statt Panikmache. Aufklärung muss Wirkungen und Risiken realistisch benennen, ohne zu dramatisieren oder zu bagatellisieren – nur so bleibt sie glaubwürdig.

- Wir fordern eine evidenzbasierte, angst- und vorwurfsfreie Aufklärung an Stelle von Abschreckung und Moralisierung.
- Wir fordern einen inhaltlichen Schwerpunkt auf Lebenskompetenzen – insbesondere Entscheidungsfähigkeit, Kommunikation, Konfliktfähigkeit, kritisches Denken und den Umgang mit Gruppendruck.
- Wir fordern eine ehrliche, altersgerechte Information über Wirkungen, Risiken und Rechtslage legaler wie illegaler Substanzen ohne verzerrende Darstellungen.

3. Legale Substanzen und neue Konsumformen ernst nehmen

Der Einstieg erfolgt fast immer über legale und leicht zugängliche Substanzen.

Bei den 15-Jährigen konsumiert bereits ein erheblicher Teil regelmäßig Alkohol, das Einstiegsalter beim Rauchen liegt bei etwa 13 Jahren – dazu kommen heute stark verbreitete Produkte wie E-Zigaretten („Vapes“) und „Snus“ sowie ein deutlicher Anstieg beim Cannabiskonsum. Der Zugang ist oft niederschwellig (über ältere Freund:innen und Geschwister oder schwach kontrollierte Verkaufsstellen), und der Konsum wird stark durch Gruppendruck und gezielte Werbung befeuert. Wirksame Aufklärung muss deshalb genau dort ansetzen, wo Konsum real stattfindet: beim Alltags- und Dauerkonsum legaler Substanzen – und nicht nur bei sogenannten „harten Drogen“.

- Wir fordern einen Aufklärungsschwerpunkt auf legale und leicht zugängliche Substanzen (Alkohol, Nikotin, E-Zigaretten/Vapes, Snus) sowie auf Alltags- und Dauerkonsum.
- Wir fordern die Vermittlung von Werbe- und Medienkompetenz, damit Schüler:innen die Marketingstrategien erkennen und einordnen können.
- Wir fordern die gezielte Thematisierung von Gruppendruck und sozialen Einstiegswegen als Kernursachen des Erstkonsums.

4. Lehrkräfte qualifizieren und externe Fachstellen einbinden

Aufklärung ist nur so gut wie die Menschen, die sie leisten. Studien zeigen jedoch, dass sich nur ein verschwindend geringer Anteil der Lehrkräfte gut auf Suchtprävention vorbereitet fühlt und der Wissensstand insbesondere zu illegalen Substanzen mangelhaft ist. Empfohlen werden daher gezielte Fortbildung, feste Ansprechpersonen an den Schulen und vor allem die Kooperation mit externen Fachstellen – Suchtpräventionsstellen, Schulärzt:innen und Psycholog:innen –, die geschultes Personal, erprobte Materialien und Workshops bereitstellen. Workshops mit Fachleuten und mit Menschen mit eigener Suchterfahrung wirken dabei besonders glaubwürdig.

- Wir fordern eine verpflichtende Fort- und Weiterbildung zu Suchtprävention für alle Lehrkräfte – nicht nur für Biologie- und Chemielehrkräfte.
- Wir fordern ein ausgebauten Angebot externer Workshops in Kooperation mit anerkannten Suchtpräventionsstellen und Fachleuten.
- Wir fordern an jeder Schule mindestens eine geschulte, klar benannte Ansprechperson für Sucht- und Drogenfragen.

5. Hilfe statt Strafe – niederschwellig, vertraulich, selbstbestimmt

Sucht hat Krankheitscharakter; betroffene Schüler:innen sind keine Täter:innen, sondern brauchen Unterstützung. Gelingende Prävention setzt eine angst- und vorwurfsfreie Atmosphäre voraus, in der sich Betroffene überhaupt öffnen können. Für uns ist klar: Wer konsumiert oder in eine Abhängigkeit rutscht, braucht vertrauliche Beratung und Hilfe statt Kriminalisierung und Bestrafung. Zugleich braucht es transparente, nachvollziehbare Regeln zum Substanzkonsum am Schulgelände, die für alle gleichermaßen gelten.

- Wir fordern niederschwellige, vertrauliche Beratungs- und Hilfsangebote an Schulen sowie einen Ausbau der Schulpsychologie und der schulärztlichen Versorgung.
- Wir fordern einen Hilfs- statt Strafansatz für konsumierende und betroffene Schüler:innen ohne automatische Kriminalisierung.
- Wir fordern transparente, einheitliche und nachvollziehbare Regeln zum Substanzkonsum am Schulgelände.

6. Eltern und Schulgemeinschaft einbinden

Suchtprävention wirkt am besten, wenn sie früh einsetzt, langfristig angelegt ist und interdisziplinär getragen wird – von Schulleitung, Lehrkräften, Eltern und Fachleuten gemeinsam. Ein positives Schulklima ist dabei selbst ein wirksamer Schutzfaktor, und die Vorbildfunktion der Erwachsenen spielt eine entscheidende Rolle. Aufklärung endet deshalb nicht am Klassenzimmer, sondern bezieht die gesamte Schulgemeinschaft ein.

- Wir fordern regelmäßige Informations- und Elternabende zu Sucht und Suchtprävention.
- Wir fordern die Förderung eines positiven Schulklimas als strukturellen Schutzfaktor gegen Suchtverhalten.

Fazit

Suchtaufklärung darf weder verschwiegen noch mit Angst und Moral betrieben

116 werden. Dieser Antrag bildet das programmatische Fundament für eine ehrliche,
117 evidenzbasierte und mündigkeitsorientierte Suchtaufklärung an unseren Schulen –
118 von der durchgängigen Verankerung im Lehrplan über qualifizierte Lehrkräfte bis
119 hin zu niederschwelliger Hilfe. So werden Schüler:innen befähigt, informierte
120 und selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Das ist gelebte Mündigkeit – und
121 damit liberale Bildungspolitik im besten Sinne.

122 Als wissenschaftliche Grundlage fungierte diese Masterarbeit von Eva Klein:

123 <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/content/titleinfo/240000/full.pdf>

ANTRAG

Antragsteller*in: AG Berufsschulprogramm

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A3: Ein neues Programm für zukunftsfitte Berufsschulen

Antragstext

1 Präambel

2 Berufsschulen sind kein Abstellgleis – sie sind das Fundament unserer Zukunft.
3 Wer eine Lehre macht, übernimmt Verantwortung, arbeitet, schafft Wert und hält
4 unsere Gesellschaft am Laufen. Genau deshalb verdienen Berufsschüler:innen die
5 beste Ausbildung – nicht die zweitbeste.

6 Doch die Realität sieht anders aus: veraltete Strukturen, mangelnde Ausstattung,
7 zu wenig Mitsprache und ein System, das oft mehr verwaltet als gestaltet.
8 Während von Lehrlingen Leistung erwartet wird, bleibt die Schule selbst zu oft
9 hinter ihren Möglichkeiten zurück.

10 Für uns ist klar: Das akzeptieren wir nicht.

11 Wir stehen für Berufsschulen, die Freiheit ermöglichen, statt Chancen zu
12 begrenzen. Für Schulen, die Leistung fördern, Aufstieg ermöglichen und echte
13 Perspektiven schaffen. Für ein Bildungssystem, das Lehrlinge ernst nimmt – als
14 eigenständige, mündige Menschen.

15 Unser Ziel ist eine Berufsschule, die mehr Möglichkeiten für alle schafft, die
16 mehr erreichen wollen.

17 Denn wer arbeitet, lernt und Verantwortung übernimmt, hat das Recht auf die
18 bestmögliche Bildung.

19 Jetzt ist es Zeit, die Berufsschulen neu zu denken.

Mündigkeit

Berufsschulen sollen Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit vorbereiten. Dazu gehört neben einer fundierten fachlichen Ausbildung auch eine solide Allgemeinbildung.

Mit der Lehre mit Matura gibt es bereits ein starkes Modell, das genau das ermöglichen soll. In der Praxis scheitert es jedoch oft an der Umsetzung: mangelnde Koordination zwischen Schule und Maturakursen, fehlende Vorbereitungsmöglichkeiten während der Schulzeit und unnötige organisatorische Hürden erschweren vielen den Zugang.

Das wollen wir ändern.

- Wir fordern die Einführung von freiwilligen Maturaklassen an allen Berufsschulen. In diesen Klassen soll der Unterricht gezielt mit der Maturavorbereitung verzahnt werden, um echte Aufstiegschancen zu schaffen.

Gleichzeitig braucht es endlich einen zeitgemäßen Englischunterricht. In einer globalisierten Arbeitswelt ist Englisch keine Zusatzqualifikation mehr, sondern eine Grundvoraussetzung. Berufsschüler:innen dürfen hier nicht benachteiligt werden.

- Wir fordern daher eine klare Aufwertung des Englischunterrichts an Berufsschulen.

Aktuell spielt die politische Bildung an Berufsschulen leider eine zweitrangige Rolle, und geht in den meisten Fällen ziemlich unter. Doch wer selbstbestimmte Entscheidungen bei Wahlen treffen möchte, muss politisch mündig sein.

- Wir fordern daher ein eigenes Fach "Politische Bildung" an allen Berufsschulen.

Chancengerechtigkeit

Berufsschulen dürfen kein Plan B sein – sie müssen ein gleichwertiger Bildungsweg mit echten Zukunftschancen sein. Wer eine Lehre macht, hat Anspruch

auf dieselbe Qualität in der Ausbildung wie Schüler:innen in anderen Schulformen.

Dazu gehört auch eine zeitgemäße Ausstattung. Es ist nicht akzeptabel, dass Berufsschüler:innen im Jahr 2026 teilweise noch immer ohne funktionierendes WLAN und mit veralteter Infrastruktur lernen müssen.

- Wir fordern daher eine moderne digitale Ausstattung an allen österreichischen Berufsschulen, die zeitgemäßen Unterricht überhaupt erst ermöglicht.

Gleichzeitig treffen an Berufsschulen Schüler:innen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinander. Das darf nicht ignoriert werden – ein einheitlicher Unterricht wird diesen Unterschieden oft nicht gerecht.

- Wir fordern daher differenzierte Unterrichtsmodelle, die sowohl gezielte Förderung für leistungsschwächere Schüler:innen als auch ausreichende Herausforderungen für leistungsstarke Schüler:innen sicherstellen.
- Dies soll insbesondere für den Deutschunterricht gelten. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Karriere, diese Chance müssen wir allen Schüler:innen bieten.

Lehrer:innen Aus- und Fortbildung

Guter Unterricht steht und fällt mit den Lehrkräften. Gerade an Berufsschulen reicht fachliche Kompetenz allein jedoch nicht aus – entscheidend ist auch die Fähigkeit, Wissen verständlich zu vermitteln.

Hier gibt es derzeit klare Defizite. Viele Lehrkräfte verfügen zwar über eine solide fachliche Ausbildung, die pädagogische und didaktische Vorbereitung bleibt jedoch oft unzureichend. Das wirkt sich direkt auf die Unterrichtsqualität aus – und damit auf die Chancen der Schüler:innen. Es braucht also einen stärkeren Fokus auf Pädagogik und Didaktik in der Lehrer:innenausbildung.

Gleichzeitig braucht es regelmäßige fachliche Fortbildungen. Berufsschulen dürfen nicht hinter der Realität der Arbeitswelt zurückbleiben – Lehrkräfte

müssen mit den Entwicklungen in ihren Branchen Schritt halten können.

- Wir fordern einen deutlich stärkeren Fokus auf Pädagogik und Didaktik in der Ausbildung von Berufsschullehrer:innen, um qualitativ hochwertigen Unterricht sicherzustellen.

- Wir fordern verbindliche und regelmäßige Fortbildungsangebote für Lehrer:innen an Berufsschulen.

Demokratie

Schülervertretung ist kein lästiger Formalakt – sie ist ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Schule. An vielen Berufsschulen wird sie jedoch genau so behandelt: als Pflichtübung, die man möglichst schnell abhakt.

Wahlen werden nicht ordnungsgemäß durchgeführt, das Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretung ist nicht nachvollziehbar, und im Schul- und Berufsalltag wird auf das Engagement von Schüler:innenvertreter:innen oft kaum Rücksicht genommen.

Wir wollen echte Mitbestimmung statt bloßer Symbolpolitik.

- Wir fordern daher die Freistellung von Berufsschüler:innen von beruflichen und schulischen Verpflichtungen für Tätigkeiten in der Schülervertretung.
- Außerdem fordern wir die konsequente und ordnungsgemäße Durchführung von SV-Wahlen an allen Berufsschulen.

Für uns ist klar: Die Landesschüler:innenvertretung muss direkt von allen Schüler:innen gewählt werden. Bis dahin braucht es jedoch ein faires und nachvollziehbares Wahlrecht für die Berufsschulen.

- Wir fordern, dass künftig alle Schüler:innenvertreter:innen stimmberechtigt sein sollen. Das schließt Tagessprecher:innen und deren Stellvertreter:innen mit ein.

Unternehmensvertretung

Die Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Lehrbetrieb ist zentral für eine funktionierende Lehre – und genau hier versagt das System derzeit. Die Koordination ist mangelhaft, der Informationsfluss bricht regelmäßig ab, und am Ende werden Lehrlinge selbst zu Boten zwischen Schule und Betrieb gemacht.

Wer eine gute Ausbildung will, braucht ein System, das zusammenarbeitet – nicht eines, in dem Verantwortung hin- und hergeschoben wird. Um den Austausch nachhaltig zu verbessern, braucht es eine stärkere strukturelle Einbindung der Lehrbetriebe in die Berufsschulen.

- Wir fordern daher die Einrichtung einer eigenen Lehrbetriebsvereinigung nach dem Vorbild des Elternvereins. Diese soll mit drei Mitgliedern im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) vertreten sein.

- Des Weiteren fordern wir eine digitale Plattform, über die Schulen den aktuellen Wissensstand der Lehrlinge sowie relevante Informationen direkt an die Betriebe übermitteln können.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elijah Lambourne*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A4: Schulen stärken. Partnerschaft mit der Privatwirtschaft

Antragstext

1 Hinweis: Dieser Antrag zielt darauf ab, näher (wenn auch oberflächlich) auf die
2 Werbe-/Sponsoringverträge, wie im Antrag „Zukunftsfitte Schulen durch eine
3 zukunftsfitte Ausfinanzierung“ unter dem Punkt „Drittmittel“ beschrieben,
4 einzugehen.

5 Schulen sind die Grundpfeiler unserer Gesellschaft, deren eigene Grundpfeiler
6 oftmals selbst marode sind. Denn Schulen sind chronisch unterfinanziert und das,
7 obwohl der Staat knapp 3 % des BIP für Sekundarschulen ausgibt. Leider wird für
8 diesen Bereich in absehbarer Zukunft kaum Geld hinzukommen. Aufgrund dieser
9 Tatsache sehen wir JUNOS Schüler:innen es als notwendig, unsere Schulen durch
10 Außenfinanzierung zu unterstützen. Unser Schulsystem kann nämlich nicht auf ein
11 unwahrscheinliches Budget-Hoch warten.

12 Besonders wenn es um grundsätzliche Bedürfnisse wie eine funktionierende
13 Infrastruktur oder nutzbare Toiletten & Heizungen geht, kann es kein Warten
14 geben. Dabei gäbe es in vielen Fällen die perfekte Außenfinanzierung: private
15 Unternehmen.

16 Meist ist es im Interesse privater Unternehmen, möglichst früh Schüler:innen zu
17 erreichen, um zukünftige Arbeitskräfte und Kunden zu gewinnen.

18 Dementsprechend fordern wir grundsätzlich, dass:

- 19 • Schulen sich gegenüber Sponsoring von privaten Unternehmen offen
20 positionieren und diese zunehmend forcieren.

21 Trotz der Möglichkeiten wird es Schulen erschwert, via Werbeverträge oder
22 ähnlichen Kooperationen an Außenfinanzierung durch private Unternehmen zu
23 kommen.

24 Beispielsweise ist es der Schulleitung untersagt, Werbeverträge abzuschließen.

Dieses Recht entfällt dem Schulerhalter (Land, Bund, Bezirk, ...) (Quelle für OÖ: [1]), und das obwohl der „Bund“ die Freiheit zur Ermächtigung der Schulleitungen bereits 2013 an die erste Instanz (Landesschulräte) vergeben hat [2].

Dementsprechend fordern wir JUNOS Schüler:innen, dass:

- die Kompetenz zur Abschließung von Werbeverträgen der Schulleitung verliehen wird. Das Schulforum/SGA sollte dabei weiterhin eine beratende Rolle spielen.

Sollte man es trotzdem geschafft haben, als Schulleiter:innen einen Sponsoring-/Werbevertrag abgeschlossen zu haben, darf man das Geld nicht einfach ausgeben. Stattdessen sieht das Bundesministerium eine Überweisung sämtlicher Entgelte auf das PSK-Bundeskonto vor. Diese Entgelte dürfen dann nur im Rahmen der „zweckgebundenen Gebarung“ ausgegeben werden. Deshalb fordern wir JUNOS Schüler:innen, dass:

- aus Werbe-/Sponsoringverträgen entsprungene Entgelte, ohne Zweckbindung, direkt von der jeweiligen Schule ausgegeben werden dürfen. Dabei ist jedoch trotzdem Rechenschaft zu führen, um einen Missbrauch der Mittel zu vermeiden.

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass wir ebenfalls schützende Aspekte der Gesetzgebung für sinnvoll halten. Beispielsweise sollten Sponsoring-/Werbeverträge nicht in den Bildungsauftrag der Schulen eingreifen. Darüber hinaus sollten Werbungen/Sponsorings nur durch altersgemäße Unternehmen erfolgen und niemals durch Unternehmen, welche ein Suchtverhalten der Schüler:innen zufolge haben können. Auch Politische-/Parteiwerbung hat keinen Platz an Schulen.

Wir appellieren an alle Beteiligten, diese Partnerschaften zu fördern und umzusetzen, um unseren Schulen die Unterstützung zu geben, die sie dringend benötigen. Auch wenn die Einnahmen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Nur durch gemeinsames Handeln können wir sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler in einer Umgebung lernen können, die ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Referenzen

[1] O. Bildungsdirektion, "Oö Bildungsdirektion," 2016. [Online]. Available: <https://www.bildung-ooe.gv.at/dam/jcr:e7f72a28-3740-4fab-a91d-eee28f042d2b/A3-92-4-16%20Kommerzielle%20Werbung%20an%20Schulen%20->

59 [%20Verbot%20aggressiver%20Gesch%3Fftspraktiken.pdf](#).

60 [2] Bildungsministerium, 2013. [Online]. Available: [https://www.bildung-](https://www.bildung-sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0)
61 [sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0](https://www.bildung-sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0).

ANTRAG

Antragsteller*in: *Lorenz Horvath*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A5: Wo war mei Leistung? - Matura endlich aufwerten!

Antragstext

1 Während der COVID19-Pandemie gab es vermehrt Diskussionen über die Matura und
2 ihre heutige Bedeutung im Schulsystem. Durch die vielen von der Bundesregierung
3 erlassenen Erleichterungen wurde die Qualität der Matura und damit einhergehend
4 auch der Wert ebendieser enorm verwässert und gesenkt. Dies ist eine fatale
5 Entwicklung, wenn man sich vor Augen führt, dass der Zweck der Matura die
6 Feststellung der Reife für den Beginn eines Hochschulstudiums sein soll und sie
7 diesem, wie man an der steigenden Zahl an Aufnahmetests, selbst an heimischen
8 Universitäten, unschwer erkennen kann, einfach nicht mehr richtig nachkommt. Als
9 Maturant:in merkt man oft selbst, dass das Niveau der Matura als Abschluss der
10 Schulkarriere kaum eine Herausforderung darstellt und fragt sich so zu recht:
11 "Wo war mei Leistung?".

12 Dies muss sich ändern. Es muss sich ändern, da eine Matura, die für keine
13 Bewerbung an einer guten Uni reicht, die kein Arbeitgeber wertschätzt und die
14 keine lernerische Herausforderung darstellt schlichtweg keine
15 Daseinsberechtigung hat. Da könnten wir sie einfach abschaffen - und es würde
16 sich rein gar nichts ändern. Aber das ist nicht unsere Vision. Das ist nicht
17 unser Anspruch. Erst recht nicht an ein Bildungssystem, welches Leistung fordern
18 und fördern soll, wie wir Liberale es uns immer wieder auf die Fahne schreiben.
19 Nein, uns JUNOS Schüler:innen schwebt etwas komplett anderes vor:

20 Die Matura muss schwerer werden. Sie muss wieder zu einer echten Herausforderung
21 werden. Nur so können wir österreichischen Schüler:innen einen leichteren
22 Bewerbungsprozess bei Universitäten und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit am
23 Arbeitsmarkt - sowohl im In-, als auch im Ausland - ermöglichen.

- 24 • Wir fordern, dass die Matura wieder eine Reifeprüfung wird, deren Niveau
25 international wettbewerbsfähig ist.

Aber eine Steigerung des Niveaus ist nur möglich, wenn wir tatsächlich gerechte Chancen für alle Schüler:innen in Österreich schaffen. Es ist absolut unverständlich, warum manche Schüler:innen ihre Mathematura auf einem primitiven Taschenrechner mit Zettel und Papier bestreiten müssen, während andere moderne Computerprogramme wie Mathcad oder GeoGebra verwenden dürfen, welche Ableitungen, grafische Darstellungen oder Gleichungssysteme innerhalb von Millisekunden lösen können. In Zukunft sollen alle Schüler:innen Zugang zu allen zugelassenen Hilfsmitteln bekommen und sich selbst entscheiden können, welche sie verwenden.

- Wir fordern, dass allen Schüler:innen alle zugelassenen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden und diese sich selbst entscheiden können, welche sie verwenden möchten.

Weiteres muss die Bewertung der Maturen reformiert werden. Während die meisten Lehrkräfte kompetent und ehrlich benoten, gibt es immer wieder Fälle, in denen die eigenen Schüler:innen besser oder schlechter benotet werden als gerechtfertigt wäre. Das muss sich ändern.

- Wir fordern daher, dass alle Maturen von schulfremden Lehrkräften korrigiert werden.

Ein höheres Maturaniveau allein wird die jetzigen Probleme der internationalen Rekognition jedoch nicht lösen. Hier braucht es eine konzentrierte, diplomatische Anstrengung von seiten der Bundesregierung, um bilaterale Abkommen mit anderen Staaten abzuschließen. Gerade die BMHS-Matura wird vielerorts nicht anerkannt, so auch in der Schweiz, welche mit der ETH und der HSG, aber auch einer Vielzahl anderer hochqualitativen Universitäten, bestimmte BMHS-Absolventen entweder pauschal ausschließt, oder ein Studium nur durch irrational strenge Auflagen ermöglicht.

- Wir fordern, dass die Bundesregierung durch bilaterale Abkommen die internationale Anerkennung der Matura (insbesondere der BMHS-Matura) ausweitet.

ANTRAG

Antragsteller*in: Lorenz Horvath

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A6: Plan von Wirtschaft statt Planwirtschaft

Antragstext

Wir JUNOS Schüler:innen glauben an die Kraft der Freiheit, und Freiheit beginnt im Kopf. Eine offene Gesellschaft lebt davon, dass ihre Bürger:innen wirtschaftliche Zusammenhänge nicht nur nachplappern, sondern verstehen. Wer versteht, wie Preise entstehen, warum Wohlstand wächst und welche Anreize Menschen tatsächlich bewegen, fällt nicht auf einfache Antworten herein. Wer es nicht versteht, wird zur leichten Beute für jede Bewegung, die heute Inflation, morgen Mietpreise und übermorgen ganze Wirtschaftsordnungen mit Parolen erklären will. Gerade in einer Zeit wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit, falscher Heilsversprechen und ideologisch aufgeladener Debatten brauchen wir eine ökonomische Bildung, die verständlich, faktenbasiert und ideologiefrei ist. Unser Ziel ist klar: Wirtschaft verstehen, nicht verzerren.

Mit unserem Antrag „Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule“ haben wir bereits eine umfassende Position zur ökonomischen Bildung beschlossen. Wir fordern darin ein eigenständiges Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, eine deutliche Stärkung der wirtschaftlichen Komponenten in der Unterstufe sowie eine breite inhaltliche Palette von Vertragsrecht über Anlagemöglichkeiten bis hin zu makroökonomischen Grundlagen. Besonders wichtig ist uns dabei der Anspruch, bei makroökonomischen Inhalten „einen neutralen Ansatz zu privilegieren“ und „heutige und vergangene Wirtschaftssysteme“ ausgewogen zu behandeln. Genau dieser Anspruch droht jedoch in der Praxis zu scheitern, solange die Bedingungen, unter denen er umgesetzt werden müsste, nicht ebenfalls geklärt sind. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die dort formulierte Neutralität operationalisieren und an den drei strukturellen Hebeln ansetzen, die über die Qualität wirtschaftlicher Bildung tatsächlich entscheiden: dem Lehrplan, den Schulbüchern und den Lehrkräften.

Lehrpläne, die Verständnis vor Begriffsakrobatik stellen

27 Wer heute in einen durchschnittlichen Wirtschaftsunterricht hineinhört, erlebt
28 zu oft folgendes Bild: Schüler:innen lernen Begriffe wie „BIP“, „Magisches
29 Viereck“ oder „Globalisierung“ auswendig, ohne je verstanden zu haben, was sich
30 dahinter verbirgt oder warum es ihren Alltag prägt. Wirtschaft erscheint als
31 technisches Spezialfach für eine kleine Gruppe von Eingeweihten und nicht als
32 das, was sie tatsächlich ist: das Studium menschlichen Handelns unter Knappheit,
33 mit dem jeder Mensch täglich konfrontiert ist, ob beim Einkaufen, beim
34 Berufseinstieg oder bei der Frage, warum die eigene Miete steigt.

35 Eine gute Wirtschaftsbildung muss dort ansetzen, wo die Schüler:innen stehen.
36 Sie muss erklären, warum ein Diamant mehr kostet als eine Flasche Wasser, und
37 warum sich dieses Verhältnis schlagartig umkehrt, sobald man in der Wüste am
38 Verdursten ist. Sie muss zeigen, wie aus Millionen einzelner Entscheidungen
39 Preise entstehen, die niemand zentral festlegt und die dennoch erstaunlich
40 verlässlich Knappheiten signalisieren. Solche Einsichten sind keine
41 wirtschaftswissenschaftlichen Spitzfindigkeiten, sondern intellektuelles
42 Grundwerkzeug.

43 Hinzu kommt der inhaltliche Anspruch, den unser bestehender Antrag „Wirtschafts-
44 und Finanzbildung in der Schule“ mit dem Stichwort „neutraler Ansatz“
45 formuliert. Damit dieser Anspruch nicht im Lehrplan untergeht, muss er
46 konkretisiert werden. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit Wirtschaftsmodellen
47 umfasst auch die kritische Behandlung der historischen und gegenwärtigen
48 Realität von Kommunismus, Sozialismus und Planwirtschaft. Diese Systeme dürfen
49 weder beschönigt noch ausgespart werden, und sie verdienen die gleiche
50 analytische Strenge, die man in Schulbüchern zu Recht von der Behandlung der
51 Marktwirtschaft erwartet.

52 Wir fordern daher:

- 53 • Lehrpläne, die Grundverständnis vor Begriffsakrobatik stellen und
54 sicherstellen, dass jede:r Schüler:in zentrale ökonomische Konzepte wie
55 Knappheit, Opportunitätskosten, Preisbildung und Anreizwirkungen
56 tatsächlich versteht, bevor abstrakte Kennzahlen wie das BIP oder das
57 Magische Viereck behandelt werden.
- 58 • Einen Unterricht, der ökonomische Prinzipien anhand greifbarer Beispiele
59 aus dem Alltag der Schüler:innen vermittelt, statt sie als abstrakte
60 Formeln einzuüben.

- Eine objektive und faktenbasierte Behandlung von Wirtschaftsmodellen im Lehrplan, einschließlich einer kritischen Auseinandersetzung mit der historischen und gegenwärtigen Realität von Kommunismus, Sozialismus und Planwirtschaft anhand konkreter historischer Fallbeispiele.

Schulbücher mit verbindlicher Verpflichtung zu Ausgewogenheit

Selbst der beste Lehrplan greift zu kurz, wenn die Schulbücher, in denen er konkret wird, von ideologischer Schlagseite geprägt sind. Genau das ist heute oft der Fall. Viele Schulbücher behandeln wirtschaftliche Systeme nicht objektiv, sondern moralisch: Der Kapitalismus erscheint als Synonym für Gier, Ausbeutung und Umweltzerstörung, während kommunistische Systeme oftmals beschönigt und viele ihrer Verbrechen und systematischen Probleme ganz beiseitegelassen werden. Dass die Marktwirtschaft historisch mehr Menschen aus der Armut geführt hat als jedes andere Wirtschaftssystem, kommt in dieser Erzählung schlicht nicht vor. Besonders deutlich wird die Schieflage in der Darstellung der industriellen Revolution: Sie wird häufig als düsteres Kapitel der Ausbeutung erzählt, obwohl sie zugleich Millionen Menschen aus jahrhundertealter Armut geführt, breite Bildung überhaupt erst ermöglicht und die Grundlage für unseren heutigen Sozialstaat geschaffen hat. Diese Ambivalenz gehört in den Unterricht, nicht ihre einseitige Auflösung zugunsten einer moralisierenden Erzählung.

Es ist nicht so, dass Österreich kein Verfahren zur Qualitätssicherung von Schulbüchern hätte. Im Gegenteil: Bevor ein Schulbuch im Rahmen der Schulbuchaktion bestellt werden kann, muss es nach §§ 14 und 15 des Schulunterrichtsgesetzes ein Approbationsverfahren durchlaufen. Gutachterkommissionen aus Lehrer:innen, Schulleitungen und Hochschullehrenden prüfen Lehrplankonformität, fachliche Korrektheit und didaktische Eignung. Das Problem liegt nicht im Fehlen eines Verfahrens, sondern in seiner mangelnden Transparenz und in fehlenden expliziten Kriterien für ideologische Ausgewogenheit. Die Namen und Funktionen der Kommissionsmitglieder werden nicht systematisch öffentlich gemacht, eine externe Evaluierung der Kommissionsarbeit existiert nicht, und der Beutelsbacher Konsens, also Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung, ist zwar laut Ministerium Maßstab, aber nicht als verbindliches Approbationskriterium verankert. Dass tendenziöse Inhalte regelmäßig durch das Verfahren rutschen, ist die logische Folge.

Wir fordern daher:

- Die explizite Verankerung des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schülerorientierung) als

verbindliches Approbationskriterium für alle Schulbücher mit wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Inhalten. Schulbücher, die diese Kriterien nicht erfüllen, dürfen keine Eignungserklärung erhalten und nicht in die Schulbuchliste aufgenommen werden.

- Volle Transparenz im Approbationsverfahren: Die Namen, Funktionen und fachlichen Hintergründe der Mitglieder der Gutachterkommissionen sollen öffentlich einsehbar sein, ebenso wie die anonymisierten Gutachten zu approbierten Werken. Wer entscheidet, was Millionen Schüler:innen lernen, darf nicht im Verborgenen agieren.
- Eine regelmäßige externe Evaluierung der Gutachterkommissionen sowie eine pluralistisch zusammengesetzte Kommission im Bereich Wirtschaft, in der unterschiedliche ökonomische Schulen und wirtschaftspolitische Perspektiven angemessen vertreten sind.

Lehrkräfte, die Wissen vermitteln statt Meinung verbreiten

Auch der beste Lehrplan und das ausgewogenste Schulbuch nützen wenig, wenn die Lehrkraft im Klassenzimmer ihre eigene politische Position als objektive Wahrheit präsentiert. Sätze wie „Neoliberalismus tötet“, „Der freie Markt ist eine Diktatur des Kapitals“ oder „Kapitalismus basiert auf Ausbeutung“ gehören vielerorts zum festen Repertoire, und sie verletzen die Verpflichtung zu fairer und ausgewogener Bildung in einer Weise, die in keinem anderen Schulfach geduldet werden würde. Niemand würde akzeptieren, dass Geschichte oder Biologie ähnlich tendenziös unterrichtet werden. Beim Wirtschaftsunterricht hingegen wird die Vermischung von Lehrauftrag und politischer Überzeugung erstaunlich oft als legitim hingenommen.

Das ist nicht zwangsläufig böser Wille der Lehrenden. Die wenigsten Lehrkräfte, die heute wirtschaftliche Inhalte unterrichten, haben eine fachlich fundierte ökonomische Ausbildung, die verschiedene Schulen ökonomischen Denkens gleichermaßen abdeckt. Wer im Studium nur einen Strang der Wirtschaftswissenschaften kennengelernt hat, wird im Unterricht naturgemäß diesen einen Strang vermitteln. Hier braucht es eine systematische fachdidaktische Nachqualifizierung mit klarem Fokus auf Pluralität.

Wir fordern daher:

- Verpflichtende fachdidaktische Fortbildungen für alle Lehrkräfte, die wirtschaftliche Inhalte unterrichten, mit klarem Bekenntnis zu Pluralität ökonomischer Schulen und einer sauberen Trennung zwischen Wissensvermittlung und persönlicher politischer Position.
- Die Verankerung des Beutelsbacher Konsenses auch in den fachdidaktischen Curricula der Lehramtsausbildung an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.
- Die klare Trennung von Bildung und politischer Agitation als Grundprinzip des Wirtschaftsunterrichts. Schulen sind Orte des Denkens, nicht des Denken-Vorgebens.

Markt statt Marx

Statt junge Menschen in der Illusion zu belassen, mehr Staat bringe mehr Wohlstand, sollten wir ihnen zeigen, wie freiheitliche Märkte Prosperität erzeugen und sichern. Das heißt nicht, die Marktwirtschaft kritiklos zu feiern. Im Gegenteil: Wer Märkte versteht, kennt auch ihre Grenzen, ihre Versagensfälle und die rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen, die sie überhaupt erst funktionsfähig machen. Genau dieses differenzierte Verständnis fehlt heute, und genau dieses Verständnis wollen wir fördern.

Eine liberale Bildungsoffensive bedeutet nicht, eine Ideologie durch eine andere zu ersetzen. Sie bedeutet, Schüler:innen die Werkzeuge in die Hand zu geben, mit denen sie selbst urteilen können: über den Markt, über staatliche Eingriffe, über jede neue politische Idee, die ihnen begegnen wird. Das ist anspruchsvoller als jede Indoktrination, aber es ist die einzige Form von Bildung, die einer freien Gesellschaft würdig ist. Genau das meint der in „Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule“ formulierte Anspruch auf Neutralität, und genau das wollen wir mit den hier vorgeschlagenen Hebeln an Lehrplan, Schulbüchern und Lehrkräften praktisch durchsetzbar machen.

Die Schule darf kein Ort der Indoktrination sein. Wirtschaftliche Bildung muss Schüler:innen befähigen, statt sie zu beeinflussen. Wir fordern eine klare Abkehr von linker Dogmatik im Klassenzimmer und den Mut zu einer faktenbasierten, liberalen Bildungsoffensive.